

Deutschland-Fronhausen: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 137/2023 19/07/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Der Gemeindevorstand der Gemeinde Fronhausen
Nationale Identifikationsnummer: 06534009 (Gemeindekennziffer)
Postanschrift: Schulstraße 19
Ort: Fronhausen
NUTS-Code: DE724 Marburg-Biedenkopf
Postleitzahl: 35112
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Zentrale Submissionsstelle
E-Mail: steffen.engmann@lohra.de
Telefon: +49 6426928318
Fax: +49 6426928325
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.gemeinde-fronhausen.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.had.de/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-1892bd30f53-3e6649c25fe5f9de
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: www.had.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Planungsleistungen für Ingenieure, Brandschutz gemäß AHO, LPH 1 - 9
Referenznummer der Bekanntmachung: 01 / 2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3.

Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Planungsleistungen für Brandschutz für den Umbau einer vorhandenen historischen Scheune in einen Scheunenkindergarten in der Gemeinde Fronhausen

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE724 Marburg-Biedenkopf

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Fronhausen vereint 7 Ortsteile mit insgesamt über 4.000 Einwohnern und liegt im Süden des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Im denkmalgeschützten Ortskern Fronhausen befindet sich eine große Hofreite mit Außenanlagen auf einem rund 8.000 qm großen Grundstück. Die Hofreite, ein Vierseitenhof, setzt sich aus einem Wohnhaus entlang der Bahnhofstraße, einem angrenzenden Pferdestall, einer großen Scheune im Süden und einem ehemaligen Pferdestall im Westen zusammen, der bereits zu Wohnungen umgebaut wurde. Der Gebäudekomplex wird ergänzt durch eine Reithalle mit Reitplatz im Südwesten des Grundstücks. Das vorhandene Scheunengebäude soll zu einer Kindertagesstätte umgebaut werden. Im Obergeschoss sind im nördlichen Bereich zusätzlich Büro- bzw. Behandlungsräume geplant.

Die geplante Kinderbetreuungseinrichtung soll vier Gruppen umfassen. Neben einer Krippengruppe werden drei altersgemischte Gruppen entstehen. Im Erdgeschoss sind im östlichen Trakt die Gruppenräume mit dazugehörigen Nebenflächen und sanitären Einrichtungen zu planen. Ebenso ein Leitungsbüro und ein Besprechungsraum. Im westlichen Trakt sollen Küche, Essensraum, Bewegungs-/Mehrzweckraum, Lager und Abstellräume entstehen. Ein Aufzug und eine Treppe erschließen das Obergeschoß. Dieses wird in einen südlichen und nördlichen Bereich aufgeteilt. Im Süden befinden sich Differenzierungs- und Spielräume, sowie Schlafbereiche. Auch der abgegrenzte Personalbereich ist dort angesiedelt. Im Norden wird neben einem Familienbüro noch weitere Fläche für Therapie- oder Büroräume errichtet. Zusätzliche Rettungswege aus dem Obergeschoß führen über Laubengang bzw. Terrassenbereiche und eine außenliegende Fluchttreppe ins Freie. Das Gebäude muss ausreichend barrierefrei und behindertengerecht sein. Zudem sind alle Vorgaben für Kindertagesstätten zu berücksichtigen. Die Planung erfolgt in enger Abstimmung mit dem zukünftigen Träger, den Aufsichtsbehörden sowie der Kommune. Beim Bau ist Wert auf Verwendung nachhaltiger und schadstoffarmer Baustoffe sowie auf Energieeffizienz zu legen. Die Belange des Denkmalschutzes und die Herausforderungen des Umbaus im historischen Bestand sind zu jeder Zeit vorrangig zu beachten.

Das Projekt wird mit Fördermitteln aus dem Städtebauförderprogramm "Lebendige Zentren" unterstützt. Der Bewilligungsbescheid liegt vor.

Die beschriebene Gesamtmaßnahme ist in 5 Objektplanungs- bzw. Fachplanungsdisziplinen unterteilt, die jedoch aufgrund ihres inhaltlichen und förderrechtlichen Zusammenhangs eng miteinander verbunden sind. Daher wird auf eine interdisziplinäre Umsetzung im Planungs- und Bauablauf besonderer Wert gelegt.

Gegenstand dieser Ausschreibung sind die Planungsleistungen für Brandschutz.

Die übrigen 4 Planungsdisziplinen gliedern sich wie folgt:

- 1: Objektplanung Gebäude
2. Fachplanung Tragwerk
3. Fachplanung Technische Gebäudeausrüstung (TGA)
4. Objektplanung Freianlagen

Diese 4 Planungsdisziplinen werden in gesonderten Vergabeverfahren vergeben und sind nicht Teil dieses Vergabeverfahrens.

Vom Eigentümer der Scheune wurden als Machbarkeitsstudie die Leistungsphasen 1-2 bereits beauftragt. Das Architekturbüro Atelier Spitzner GmbH aus Großseeheim hat diese Leistung bereits erbracht. Mit Datum 04.02.2022 wurde eine Kostenschätzung nach DIN 276-1:2018-12 ermittelt. Im Sinne des § 7 VgV und als ergänzende Projektdarstellung sind diese Unterlagen zu Ihrer Kenntnisnahme beigelegt. Ein strukturelles Aufmaß des Bestands aus den Leistungsphasen 1 und 2 liegt vor.

Die gegenständlichen Leistungen der Planungsleistungen für Brandschutz werden als Stufenauftrag erteilt. Es ist beabsichtigt, zunächst die Leistungsphasen 1 bis 4 mit dem Ziel der Erteilung einer Baugenehmigung zu beauftragen. Vergeben werden insgesamt die Planungsleistungen der Phasen 1 bis 9.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Angebotspräsentation / Gewichtung: 25,00

Qualitätskriterium - Name: Organisations- und Ablaufkonzept / Gewichtung: 20,00

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck im Präsentationsgespräch / Gewichtung: 10,00

Preis - Gewichtung: 45,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 02/10/2023 Ende: 31/07/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Mit der Erbringung der Planungsleistungen ist unverzüglich nach Auftragserteilung zu beginnen. Die Planungsleistungen der Stufe 1 (Leistungsphasen 1 bis 4 AHO) sollen bereits zum 31.10.2023 abgeschlossen sein. Die Planungsleistungen der Stufe 2 (Leistungsphasen 5 bis 9 AHO) sowie die bauliche Ausführung der Gesamtmaßnahme soll zu August 2024 beendet werden. Der Abschluss der Maßnahme ist bis August 2024 gewünscht. Eine Verlängerung ist jedoch möglich, falls sich im Laufe des Projekts herausstellen sollte, dass ein Abschluss bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Referenzliste der in den letzten drei Jahren erbrachten Dienstleistungen des Bewerbers insgesamt § 46 Abs. 3, Satz 1 VgV, ~57 %,

Anzahl der Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Jahren mit Angabe der Führungskräfte § 46 Abs. 3, Satz 8 VgV, ~ 8 %,

Fachlicher Lebenslauf der vorgesehenen Projektbearbeiter mit Referenzliste vergleichbarer Dienstleistungen § 46 Abs. 3, Satz 8 VgV, ~19 %,

Gemittelter Jahresumsatz der letzten drei Jahre (2019 bis 2021) § 45 Abs. 4, Satz 4 VgV, ~8 %,

Erklärung zur Schadensfreiheit, ~8 %.

Im Hinblick auf die Unterkriterien zu diesen Auswahlkriterien sowie deren Gewichtung verweist der Auftraggeber auf den Bewertungsbogen, der zum Download bereitgestellt ist.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es wird beabsichtigt, die Vergabe der gegenständlichen Planungsleistungen für Brandschutz stufenweise zu beauftragen:

Stufe 1 - AHO-Leistungsphasen 1 - 4 für die Gesamtmaßnahme

Stufe 2 - AHO-Leistungsphasen 5 - 9 für die Gesamtmaßnahme

Mit der Beauftragung erfolgt der Abruf der Stufe 1 (HOAI Leistungsphase 1 - 4). Ein Anspruch auf die Beauftragung der weiteren Leistungsphasen besteht, auch bei Bedarf, nicht.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die elektronischen Teilnahmeanträge müssen innerhalb der unter Ziff IV.2.2 genannten Angebotsfrist über die Vergabepattform www.had.de bei der Gemeinde Fronhausen eingegangen sein. In der zweiten Stufe des Vergabeverfahrens (Angebotsphase) sind die einzelnen Angebote vor Zuschlagserteilung vor einem gemeindlichen Vergabegremium zu präsentieren. Die Gemeinde Fronhausen erwartet hierbei, dass die einzelnen Angebote durch die jeweilig vorgesehenen Projektleiter sowie Projektmitarbeiter - unter besonderer Herausstellung der jeweiligen Qualifikationen zur Erfüllung der konkreten Aufgabenstellung - vorgestellt und erläutert werden. Diese Präsentation fließt in die Bewertung der einzelnen Angebote ein.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind unter zwingender Verwendung des Bewerbungsformulars (siehe hierzu auch VI.3) einzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen. Die Nachweise und die jeweiligen zugehörigen Unterlagen sind eindeutig kenntlich zu machen und entsprechend der Hinweise zur Bearbeitung des Bewerbungsbogens einzureichen. Eingereichte Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt. Folgende Nachweise sind unter zwingender Verwendung der beigefügten Formulare mit der Bewerbung einzureichen:

a) Angaben zum Unternehmen mit Nachweis der Berechtigung des Projektverantwortlichen zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur oder beratender Ingenieur.

b) Erklärung zu § 73 Abs. 3 VgV (Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen) - Anlage 1

- c) Erklärung zu § 6 Abs. 2 VgV (Wirtschaftliche Verknüpfungen) - Anlage 2a
- d) Erklärung zu § 43 Abs. 3 VgV (Bevollmächtigung eines Vertreters der Bietergemeinschaft sowie der gesamtschuldnerischen Haftung im Auftragsfalle) - Anlage 2b
- e) Erklärung zu § 123 Abs. 1 GWB (Erklärung, dass für das Unternehmen keine Ausschlusskriterien gemäß Punkten 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 des § 123 Abs. 1 GWB vorliegen) - Anlage 3
- f) Erklärung, zu § 124 Abs. 1 GWB (Erklärung, dass für das Unternehmen keine Ausschlusskriterien gemäß Punkten 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 des § 124 Abs. 1 GWB vorliegen) - Anlage 4

Über die geforderten Bewerbungsunterlagen hinausgehend eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt.

Die geforderten Auskünfte und Erklärungen sind bei Bewerber-/Arbeitsgemeinschaften von allen Mitgliedern der Gemeinschaft zu erteilen bzw. abzugeben. Teilnahmeanträge werden nur bei Vorlage des vollständig ausgefüllten Bewerbungsbogens berücksichtigt. Sämtliche Nachweise und Erklärungen müssen aktuell sein (nicht älter als 6 Monate vom Tag der Bekanntmachung an). Ausgenommen sind hierbei die Nachweise der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Unterlagen für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es angebotsmäßig übernehmen soll. Die Aufteilung der Leistungsbestandteile innerhalb der Bietergemeinschaften ist anzugeben. Soweit der Bewerber beabsichtigt, Teilleistungen an ein anderes Unternehmen oder einen anderen Freiberufler weiterzugeben, sind entsprechende Nachweise und Erklärungen für dieses/diesen vorzulegen, die für diese Teilleistung die Eignungsprüfung des Unternehmers bzw. Freiberuflers ermöglichen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- a) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 Abs. 4 VgV einer EU-Versicherungsgesellschaft - Anlage 5.

Mit dem Teilnahmeantrag ist der Nachweis der bestehenden Versicherung einzureichen. Im Falle von geringeren Versicherungssummen als in Punkt III.1.2 genannt, ist zusätzlich eine Bestätigung der Versicherungsgesellschaft notwendig, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Summen mindestens bis zur geforderten Höhe angehoben werden.

- b) Erklärung des Bewerbers gemäß § 45 Abs. 4, Satz 4 VgV über den Gesamtumsatz (Honorare für Planungen Brandschutz) brutto in Euro in den letzten 3 Geschäftsjahren (2020, 2021 und 2022) - Anlage 6.

- c) Erklärung des Bewerbers gemäß § 46 Abs. 3, Satz 8 VgV über die Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter für Leistungen der Brandschutzplanung im Jahresdurchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre (2020, 2021 und 2022) - Anlage 7.

- d) Erklärung des Bewerbers gemäß § 46 Abs. 3, Satz 8 VgV über die berufliche Befähigung des für das Projekt vorgesehenen Projektleiters - Anlage 8.

Die geforderten Auskünfte und Erklärungen sind bei Bewerber-/Arbeitsgemeinschaften von allen Mitgliedern der Gemeinschaft zu erteilen bzw. abzugeben. Teilnahmeanträge werden nur bei Vorlage des vollständig ausgefüllten Bewerbungsbogens berücksichtigt. Sämtliche Nachweise und Erklärungen müssen aktuell sein (nicht älter als 6 Monate vom Tag der Bekanntmachung an). Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Unterlagen für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es angebotsmäßig übernehmen soll. Die Aufteilung der Leistungsbestandteile innerhalb der Bietergemeinschaften ist anzugeben. Soweit der Bewerber beabsichtigt, Teilleistungen an ein anderes Unternehmen oder einen anderen

Freiberufler weiterzugeben, sind die entsprechenden Nachweise und Erklärungen für dieses /diesen vorzulegen, für diese Teilleistung die Eignungsprüfung des Unternehmens bzw. Freiberufler ermöglichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- a) Mindestdeckungssummen Berufshaftpflichtversicherung für Leistungen der Brandschutzplanung - Anlage 5:
2.000.000 EUR für Personenschäden sowie,
1.000.000 EUR für sonstige Schäden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

a) Erklärung des Bewerbers für Leistungen der Brandschutzplanung gemäß § 46 Abs. 3, Satz 1 VgV, die sich auf wesentliche in den letzten 5 Jahren erbrachten Leistungen vergleichbarer Projekte beziehen. Es werden nur Referenzen berücksichtigt, bei denen ein Ansprechpartner des Auftraggebers/Kunden genannt wird, der im Rahmen der Prüfung des Teilnahmeantrages kontaktiert werden kann.

Für den Fall dass der Bewerber mehr als die geforderte Anzahl an Referenzen einreicht, hat der Bewerber anzugeben, welche Referenzen der Auftraggeber bei der Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der Auftraggeber die ersten eingereichten Referenzen seiner Auswahl zugrunde legen. Im Hinblick auf die Erfüllung der Mindestanforderung wird der Auftraggeber hingegen in diesem Fall alle eingereichten Referenzen prüfen.

In der Referenzliste sind zwingend folgende Angaben zu machen:

- Projektbezeichnung und Ort,
- Auftraggeber mit Ansprechpartner und Kontaktdaten,
- Art des Auftraggebers,
- Ausführungszeitraum,
- erbrachte Leistungsphasen,
- Art der Maßnahme,
- Nutzungsart,
- Brutto-Baukosten gem. DIN 276,
- Referenzschreiben oder Eigenerklärung, soweit vorhanden.

b) Erklärung des Bewerbers über die berufliche Befähigung und Qualifikation des Bewerbers und der Führungskräfte des Unternehmens gemäß § 46 Abs. 3, Satz 6 VgV insbesondere der für die zu vergebende Dienstleistung verantwortlichen Personen; Anlage 8.

Gefordert sind Angaben/Nachweise und Referenzen der Projektmitarbeiter:

Name, berufliche Qualifikation (Ingenieur oder beratender Ingenieur mit Nachweis), Anzahl der Berufsjahre, es sind mindestens drei persönliche Referenzobjekte für vergleichbare Projekte anzugeben.

Zu den Referenzen sind noch folgende Angaben zu machen:

Objektbezeichnung, Projektlaufzeit bzw. -kosten brutto gem. DIN 276, Angabe der Adresse einschließlich Telefonnummer des Ansprechpartners.

Bewerbungen ohne wertbare Referenzen werden nicht berücksichtigt.

Die geforderten Auskünfte und Erklärungen sind bei Bewerber-/Arbeitsgemeinschaften von allen Mitgliedern der Gemeinschaft zu erteilen bzw. anzugeben. Teilnahmeanträge werden nur bei Vorlage des vollständig ausgefüllten Bewerbungsbogens berücksichtigt. Sämtliche Nachweise und Erklärungen müssen aktuell sein (nicht älter als 6 Monate vom Tag der Bekanntmachung an). Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Unterlagen für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es angebotsmäßig übernehmen soll. Die Aufteilung der

Leistungsbestandteile innerhalb der Bietergemeinschaften ist anzugeben. Soweit der Bewerber beabsichtigt, Teilleistungen an ein anderes Unternehmen oder einen anderen Freiberufler weiterzugeben, sind entsprechende Nachweise und Erklärungen für dieses/diesen vorzulegen, die für diese Teilleistung die Eignungsprüfung des Unternehmers bzw. Freiberuflers ermöglichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen werden alle natürlichen Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht zur Führung der Berufsbezeichnung (Beratender) Ingenieur gemäß § 75 VgV berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG und Richtlinie 89/48/EWG gewährleistet ist.

Juristische Personen werden gemäß § 43 Abs. 1 VgV zugelassen, wenn für die Durchführung der Aufgabe ein verantwortlicher Berufsangehöriger benannt wird. Arbeitsgemeinschaften, bei denen jedes Mitglied die Anforderungen erfüllt, die an die natürlichen oder juristischen Personen gestellt werden, werden ebenfalls zugelassen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner gegenüber benannt und mit uneingeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Die Erklärung der Bietergemeinschaft (falls Bewerbung als Bietergemeinschaft erfolgt) als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter ist vorzulegen (siehe hierzu auch III.2.1).

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2.

Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/08/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 17/08/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/10/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Kostenfreier Bezug der digitalen Unterlagen über den Download dieser Veröffentlichung. Für sämtliche unter III.2.1 bis III.2.3 genannten Angaben und Nachweise sind zwingend mittels der im "Bewerbungsformular" enthaltenen Formblätter zu erbringen. Formlose Anträge können nicht gewertet werden und werden von der Teilnahme ausgeschlossen. Sofern nicht anders vermerkt, sind Kopien als Nachweise ausreichend. Die ggf. geforderte Form der Nachweise sowie die detaillierenden Mindestanforderungen sind den anzufordernden Bewerbungsunterlagen und diesem Veröffentlichungstext zu entnehmen. Der Bewerbungsbogen inkl. den geforderten Anlagen und Nachweisen ist von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft sowie von jedem Nachunternehmer gem. § 46 Abs. 3, Satz 10 VgV oder § 47 VgV auszufüllen und digital einzureichen. Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert. Die Beantragung von Klarstellungen und zusätzlichen Auskünften bitten wir bis zum 07.08.2023 über die Vergabeplattform www.had.de an uns zu richten. Elektronische Angebote sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist (siehe Ziffer IV.2.2) als Upload in Textform auf der Vergabeplattform www.had.de einzureichen. Bei der elektronischen Angebotsabgabe in Textform ist ausdrücklich der Name der natürlichen Person, die das Angebot abgibt, anzugeben. Die Abgabe per Signaturkarte ist nicht möglich. Schriftliche Angebote in Papierform sind in diesem Verfahren NICHT mehr zulässig und führen zum Ausschluss.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Dez. III 31.4

Postanschrift: Wilhelminenstraße 1-3 (Wilhelminenhaus)

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land: Deutschland

Telefon: +49 6151126601

Fax: +49 6151125816

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Rügefrist für evtl. Vergaberechtsverstöße beträgt 10 Tage nach Kenntnis eines Vergaberechtsverstößes. Gemäß § 160 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- der Antragsteller den geltende gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung (Ziff. IV. 2.2) gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der dort genannten Angebotsfrist zu rügen. Sofern mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, ist die Rüge präkludiert.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: siehe Ziffer IV.4.1

Ort: Darmstadt

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

14/07/2023